

Grundlegende Reform ist nötig

Michael Wiese hält gemeinsame Forderungen zur Lösung der Finanznot der Kommunen zwischen den Oppositionsparteien im Bundestag und ver.di für möglich

Zwischen den Parteien und ver.di sind beim Workshop steuerpolitische Schnittmengen deutlich geworden, die die Finanzen der Kommunen stärken würden, erklärte Michael Wiese, Landesfachbereichsleiter Gemeinden, zum Abschluß des Workshops.

Beispielsweise forderten sowohl Bündnis 90 / Die Grünen, SPD als auch Die Linke, die Basis der Gewerbesteuer zu verbreitern. Ebenso seien sich die drei Parteien einig, dass der Einkommensteuertarif die Besserverdienenden belasten und die mittleren und niedrigen Einkommen entlasten müsse. Ferner sei es erforderlich, die Vermögensteuer wieder einzuführen.

Belastungen gerechter verteilen

Diese Maßnahmen seien allein schon deshalb erforderlich, um die Belastungen wieder gerechter zu verteilen, die in den vergangenen Jahren wegen einer Steuerentlastungspolitik zu Gunsten von Unternehmen und großen Vermögensbesitzern in eine beträchtliche Schiefelage gekommen sei.

Mit Blick auf die desaströse Verfassung der kommunalen Haushalte sei es unerlässlich, rasch zu politischen Entscheidungen zu kommen, um einen Prozess der Gesundung einzuleiten.

Die BürgerInnen in den Städten aber auch die Beschäftigten in den Verwaltungen würden täglich mit den Folgen der strukturellen Unterfinanzierung und den daraus resultierenden Streichungen konfrontiert: Schließungen von Büchereien, Verkürzung von Öffnungszeiten, mangelnde Personalausstattung, höhere Gebühren und Beiträge und noch immer nicht behobene Straßenschäden dieser krisenhaften Situation.

Nach Jahren der Untätigkeit von Land und Bund zeigt die aktuelle Landesregierung mit dem „Städtepakt Stadtfinanzen“ Verantwortung, um die Kommunal Finanzen zu stützen. Die mit dem „Städtepakt Stadtfinanzen“ jährlich zur Verfügung gestellten Mittel reichen angesichts einer Finanzierungslücke von rund 4 Milliarden Euro aber nicht, weitere Schritte von bundes-

politischer Seite sind erforderlich. Keine greifbaren Perspektiven bietet hingegen die heutige Bundesregierung. Im Gegenteil: Sollte sich die um ihr Überleben kämpfende FDP mit der Forderung nach weiteren Steuersenkungen durchsetzen, ergeben sich weitere unvermeidbare Einnahmeverluste.

Nach Kenntnis von ver.di wird in den Reihen der SPD-Landtagsfraktion darüber diskutiert, die kommunalen Haushalte genau zu untersuchen, um klare Ziele vereinbaren zu können, wie und in welchem Zeitraum ein Haushaltsausgleich in der jeweiligen Kommune zu erreichen sei. Ein die Kommunen beratendes Sachverständigen gremium wird erwogen. ver.di fordert, darin auch örtlich relevante Gruppen zu beteiligen.

Im Herbst geht's los

Wir planen für den Herbst Aktivitäten, um BürgerInnen und Beschäftigte stärker als bisher für das Thema zu sensibilisieren. Unsere praktische Arbeit muss sich noch stärker als bisher auf die Ursachen und Folgen der kommunalen Finanzkrise ausrichten. Niemand kann von ver.di eine bedingungslose Begleitung von Konsolidierungsprozessen erwarten. Die Beschäftigten erwarten hier klar etwas anderes.

Wer unsere Hilfe bei Konsolidierungsvorhaben möchte, muss mit uns gemeinsam für eine Grundlegende Reform der Gemeindefinanzen eintreten. Diese wird aber nur möglich sein, wenn sich durch die Wahl 2013 eine andere Bundestagsmehrheit ergibt. Die Verständigung über gemeinsame Ziele muss jetzt beginnen.

Impressum

V.i.S.d.P.: Michael Wiese, Landesfachbereichsleiter Gemeinden, Karlstr. 123-127, 40210 Düsseldorf
Redaktion: Jutta Ahrweiler, Martin Nees, Martina Neubner, Heinz Rech
Gestaltung, Satz: Manfred Horn
Kontakt: Heinz Rech, Landesfachbereich Gemeinden, 0211. 61824 320, heinz.rech@verdi.de

ver.di

Aus dem Inhalt
Weg aus der Krise:
Und es geht doch!
(Seiten 4/5) | Einschätzung zur Lage: Grundlegende Reform sind nötig (Seite 8)

newsletter

Gemeinden

ver.di

NRW
Fachbereich
Gemeinden

Ausgabe 1 | September 2011

vorab

Ausweg aus der Schuldenfalle

Experten des Bundestages und der Wissenschaft diskutieren mit ver.di Wege aus der kommunalen Finanzmisere



Diskutierten engagiert am Rande des Workshops: Kai Eiker-Wolf, Sabine Reiner und Jutta Ahrweiler.

Nach einer ersten Durchsicht der Vorschläge der Landesregierung, die Kommunen zu entschulden und wieder handlungsfähig zu machen, beschloss der Landesfachbereich Gemeinden einen Workshop durchzuführen. Er sollte dazu dienen, um mit Vertretern der Oppositionsparteien des Bundestages zu diskutieren, was möglich und nötig ist, damit Kommunen ausreichend finanziert sind.

Vertreter der Regierungsparteien waren nicht eingeladen, da deren steuerpolitischer Irrweg, der von der ständigen

Entlastung der Unternehmen und Reichen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger gekennzeichnet ist, in der Öffentlichkeit ausreichend diskutiert wird. Die Bundesregierung plant zur „Rettung“ der FDP die Verabschiedung weiterer Steuersenkungen. Diese würden im Ergebnis die Finanzierungsgrundlagen der Kommunen weiter verschlechtern.

Diskussion mit Politikern und Experten

Diskutiert haben wir am 13. Juli 2011 bei unserem Workshop in Düsseldorf mit:

- Bernd Scheelen (MdB) SPD (Seite 2),
- Britta Haßelmann, (MdB) Bündnis 90 / Die Grünen (Seite 3),
- Axel Troost, (MdB) Die Linke (Seite 6).

Darüber hinaus haben wir die Autoren der ver.di NRW-Studie ■ Dr. Kai Eicker-Wolf, DGB Hessen Thüringen, und Dr. Achim Truger, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung (Seiten 4 und 5) sowie

- Dr. Sabine Reiner, Bereich Wirtschaftspolitik beim ver.di Bundesvorstand (Seite 7), eingeladen.

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Im Dezember 2010 haben wir die Studie „Entwicklung und Perspektiven der Kommunal Finanzen in Nordrhein-



Westfalen“ vorgelegt und damit die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen in NRW problematisiert. In der Zwischenzeit hat die rot-grüne Landesregierung das ForGutachten „Haushaltsausgleich und Schuldenabbau – Konzept zur Rückgewinnung kommunaler Finanzautonomie im Land Nordrhein-Westfalen“ vorgelegt. Auf dieser Basis entwickelt die Landesregierung den „Städtepakt Stadtfinanzen“. Dieser ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die finanziellen Mittel, welche durch das Land zur Verfügung gestellt werden können, reichen aber bei Weitem nicht aus, um die bestehende Finanzierungslücke zu schließen. Das war Anlass für uns, einen weiteren Workshop durchzuführen, um mit Vertretern der Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag die steuerpolitischen Perspektiven zur Schließung der Finanzierungslücke zu diskutieren. Gibt es eine Chance, dass sich durch die Bundestagswahlen 2013 neue Mehrheiten für eine Gemeindefinanzreform bilden, welche den Namen auch verdient?

Michael Wiese, Landesfachbereichsleiter Gemeinden, ver.di NRW

das Zitat

„Nein, die sind nicht reich, sondern durch ihre Arbeit haben sie ein höheres Einkommen, weil ihre Arbeit so hoch geschätzt wird.“

Hermann Otto Solms, FDP Finanzpolitiker im Interview mit dem Deutschlandfunk auf die Frage, warum er Menschen mit 250.000 Euro pro Jahr nicht als Reiche bezeichnen würde.

Aktiv werden! Kommunen retten!

Mitglied werden: www.mitgliedwerden.verdi.de

Mehr News: www.gemeinden.nrw.verdi.de



Deutschland ist ein Niedrigsteuerland!

Bernd Scheelen will die Basis der Gewerbesteuer verbreitern. Die Kommunen würden so mehr Geld bekommen, Bund und Länder aber verlieren. Für den Steuerzahler bliebe unterm Strich alles gleich, verspricht er.



Bernd Scheelen, MdB, Kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Als Beispiel für die verfehlte Steuerpolitik benannte Bernd Scheelen, MdB, SPD das durch die jetzige Bundesregierung verabschiedete Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Dieses beinhaltet zum Beispiel einen verminderten Mehrwertsteuersatz für Hoteliers. Zukünftig führe dies zu einer Minderung der Einnahmen bei den Kommunen in Höhe von 3 Milliarden Euro. Dieser Fehlbetrag müsse durch den Bund ausgeglichen werden.

Diskussion in der SPD-Fraktion schwierig

Aber, so Scheelen weiter, das vorliegende Fora-Gutachten „Haushaltsausgleich und Schuldenabbau – Konzept zur Rückgewinnung kommunaler Finanzautonomie im Land Nordrhein-Westfalen“ habe dazu geführt, dass das Thema „Kommunale Finanzmisere“ auf der Bundesebene angekommen sei. Vor allem jedoch Politiker aus Baden-Württemberg und Bayern hätten für die schlechte finanzielle Situation vieler NRW Kommunen wenig Verständnis. Deshalb sei eine Diskussion innerhalb der SPD-Fraktion um Bundesmittel zur Entschuldung dieser Kommunen schwierig.

Die SPD beabsichtige, die Basis der Gewerbesteuer zu verbreitern. Dies führe zu Mehreinnahmen bei den Kommunen. Land und Bund würden dabei Einnahmen aus der Einkommensteuer verlieren. Für die Steuerpflichtigen entstünde keine Mehrbelastung, da die geleistete Gewerbesteuerzahlung von der zu zahlenden Einkommensteuer abgezogen werden könne.

Die „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (OECD) bescheinige, dass Deutschland ein Niedrigsteuerland sei. Einkommensteuer und Vermögensteuer müssten in den Mittelpunkt der steuerpolitischen Diskussion rücken. Auch eine Steuer auf Finanztransaktionen müsse eingeführt werden. Allerdings bestehe, so Scheelen, innerhalb

der SPD erhebliche Sorge, als Steuererhöhungspartei wahrgenommen zu werden. Die Steuergesetzgebung müsse deshalb so gestaltet sein, dass sie von den BürgerInnen als gerecht empfunden werde.

Scheelen erinnerte daran, dass die SPD schon 2010 den Antrag „Rettungsschirm für Kommunen – Strategie für handlungsfähige Städte, Gemeinden und Landkreise“ in den Bundestag eingebracht habe (Bundestag Drucksache 17/1152 vom 23.03.2010). Dieser sei weiterhin die Grundlage für die Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion.

Sozialkosten sollten thematisiert werden

Wie auch Britta Haßelmann von Bündnis 90 / Die Grünen fordert Scheelen die Sozialkosten zu thematisieren. In diesem Zusammenhang erklärte er, dass der Bund bei zum Beispiel den Kosten für Unterkunft in der Pflicht sei. Die Kosten für die Schulsozialarbeit und die Kosten für Schüler-Mittagessen müssten ebenfalls auf Dauer vom Bund übernommen werden.

Kommunen sind schuldlos!

Wer sich aus der sozialen Verantwortung verabschiedet, reißt Löcher in die Haushalte der Kommunen. Der Umverteilung von unten nach oben muss endlich Einhalt geboten werden, die Profiteure der Umverteilung sollen zahlen.



Dr. Sabine Reiner, Bereich Wirtschaftspolitik beim ver.di Bundesvorstand

Für Dr. Sabine Reiner ist klar erkennbar: Die Situation der Kommunen ist nicht eigenverschuldet. Vielmehr haben sich Reiche und Unternehmen durch eine völlig verfehlte Steuersenkungspolitik zunehmend aus der sozialen Verantwortung verabschiedet. Dies reißt seit Jahren immer neue Löcher in die öffentlichen Haushalte und führt zum Abbau von Dienstleistungsangeboten für die BürgerInnen. Beschäftigte mit kleinen und mittleren Einkommen würden hingegen immer stärker belastet.

Wenn das Gemeinwesen, die Kommunen nicht in den Ruin getrieben werden sollen, muss der Umverteilung von unten nach oben Einhalt geboten werden. Aus diesem Grunde tritt ver.di für ein Steuerkonzept ein, das die Staatsfinanzen nachhaltig stärkt und die Profiteure der Umverteilung zur Kasse bittet.

Substanzbesteuerung führt nicht in die Pleite

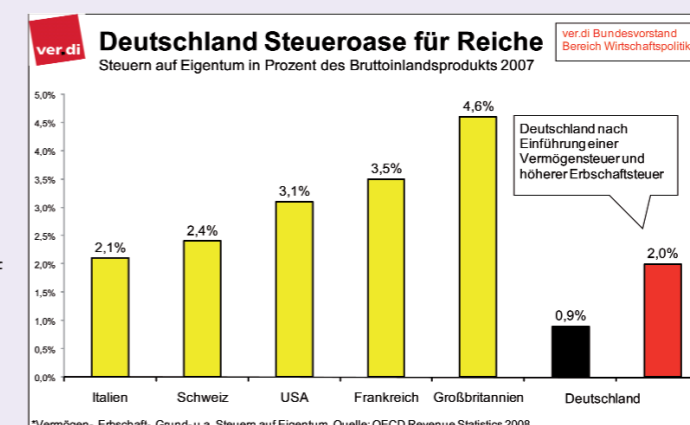
Die Gewerbesteuer muss, so Dr. Sabine Reiner, erhalten und zu einer Gemeindefortschrittsteuer ausgebaut werden, denn dies hilft den Kommunen unmittelbar. Alle Betriebe und gut verdienende Selbständige müssen beitragen. Dabei sollte man die Debatte um die sogenannte Substanzbesteuerung nicht defensiv angehen. Die Gewerbesteuer existiert auch in vielen anderen Ländern, teilweise unter anderem Namen. Bisher konnte der Nachweis nicht geführt werden, dass eine gewinnunabhängige Steuer zu Insolvenzen führt. In den Medien aufgegriffene Fälle haben ergeben, dass diese Unternehmen Steuersparmodelle gefahren und sich in diesen verheddert haben.

Die wirtschaftspolitische Expertin von ver.di fordert einen „Rettungsschirm“ für die am stärksten verschuldeten und unter besonders hoher Arbeitslosigkeit leidenden Städte.

Vermögensteuer kann viel bringen

Mit der Erhöhung der Grundsteuer seien die Probleme nicht lösbar, wenn diese sich nicht verdoppeln oder gar verdreifachen soll. Außerdem bestehe die Gefahr der Umwälzung auf die Mieter.

Als erheblich schlagkräftiger erachtet sie dagegen die Vermögensteuer. Diese müsse mit einem Freibetrag von 500.000 Euro wieder eingeführt werden. Große Erbschaften seien stärker als bisher zu besteuern. Außerdem sei der Höchststeuersatz bei der Einkommensteuer wieder auf 50 Prozent anzuheben. Gering- und Normalverdiener seien zu entlasten.



Ganz weit hinten: Reiche zahlen in Deutschland wenig Steuern.



Steuersenkungen entziehen Kommunen Milliarden!

Eine Vermögensteuer müsse wieder eingeführt werden, sagt Axel Troost. Allerdings mache dies nur als Bundessteuer Sinn, da das Gefälle zwischen den Bundesländern zu groß sei.



Axel Troost, MdB, Die Linke, Finanzpolitischer Sprecher; Geschäftsführer Memorandumgruppe

Die Ursachen der Finanzprobleme, auch der nordrhein-westfälischen Kommunen, liegen in den Steuersenkungen der vergangenen Jahre. Ohne diese würden die Kommunen finanziell erheblich besser dastehen. Nach Berechnungen und Schätzungen fehlen allein für die Jahre 2008 bis 2012 60 Milliarden Euro in den öffentlichen Kassen. Für die Kommunen bedeute dies ein Minus bundesweit von 6 Milliarden Euro, rechnete Dr. Axel Troost, MdB, Die Linke, vor.

Kommunalpolitische Spitzenverbände ohne Widerstand

Troost erklärte weiter, diese Zahlen zeigten deutlich, die Verteilung der Steuern hätte zugunsten der Kommunen verändert werden müssen. In der Gemeindefinanzkommission wurde als Grundlage der Diskussion das Modell des Bundes dem Modell der Kommunen vorgezogen. Jedoch hätten die kommunalen Spitzenverbände rasch jeden Widerstand vermissen lassen. In einem Brief an die Gemeindefinanzkommission erklärten diese gar, dass aufkommensneutrale Modelle befürwortet würden, Zugewinne für die Kommunen jedoch nicht angestrebt seien. Für Troost deute daher vieles auf ein abgekartetes Spiel hin. Denn nach der Zusage des Bundes, sich an den Kosten der Unterkunft in Höhe von 4 Milliarden Euro zu beteiligen, hätten die Kommunen geschwiegen.

Mit ihren steuerpolitischen Positionen und Anträgen befinde sich Die Linke auf der Grundlage der ver.di-Positionen. Auch Freiberufler und Selbstständige müssten Gewerbesteuer zahlen. Tendenziell wird bei einer Gewerbesteuerreform eine Substanzbesteuerung von Unternehmen durch die anderen Parteien als Tabu betrachtet. Insofern sei die Verbreiterung der Gewerbesteuerbasis vermutlich das realistischere Ziel.

Vermögensteuer macht nur als Bundessteuer Sinn

Die Linke stehe für die Wiedereinführung der Vermögensteuer. In Form einer Landessteuer sei dies aber sinnlos. Das wirtschaftliche „Gefälle“ zwischen den Bundesländern in Nord, Süd, Ost und West sei zu groß und würde den ärmeren Ländern zu wenig helfen. Eine Vermögensteuer müsse über den Bund eingezogen und an die Länder umverteilt werden.

Finanzeinkommen wie Erwerbseinkommen besteuern

Die Finanztransaktionsteuer sei ursprünglich zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgesehen gewesen. Dies solle auch so bleiben. Weniger Arbeitslose würden dann auch die Kommunen bei den Sozialausgaben entlasten. Aktuell werden Kapitaleinkünfte wegen der eingeführten Finanzabgeltungsteuer nur noch mit einer Pauschale von 25 Prozent besteuert. Im Rahmen einer Einkommensteuerreform müsste dies verändert werden. Finanzeinkommen seien genauso wie die Einkommen aus der beruflichen Tätigkeit bis zum Höchststeuersatz zu besteuern.

Für Troost sollten die Vermögensteuer, Einkommensteuer, Finanztransaktionsteuer und eine zur Gemeindefinanzkommission weiter entwickelte Gewerbesteuer die Kernthemen der steuerpolitischen Diskussion der nächsten Jahre sein.

Kommunen können sich aus eigener Kraft nicht retten!

Britta Haßelmann, MdB Bündnis 90 / Die Grünen, kann keine schwarz-gelben Konzepte erkennen, die Gemeindefinanz auf eine solide Basis zu stellen. Stattdessen seien mehr Wettbewerb zwischen den Kommunen und weitere Steuersenkungen geplant, was die Kommunen in den Ruin treiben wird.

Sie unterstrich, dass die Kluft zwischen den armen und reichen Kommunen immer größer werde. Ein Blick auf die weiterhin drastisch ansteigenden Kassenkredite in NRW verdeutliche dies. Aufgrund der strukturellen Unterfinanzierung sei es nicht möglich, dass sich die Kommunen aus eigener Kraft aus der prekären Finanzsituation retten.

Keine entscheidenden Impulse vom Bund

Haßelmann kritisierte die Arbeit der Gemeindefinanzkommission des Bundes, von dieser seien auch 2012 keine entscheidenden Impulse zu erwarten. Das bisher diskutierte Modell sei aus Sicht des Finanzministeriums und der Länder nicht administrierbar. Gleichzeitig führe es zu weiteren Mindereinnahmen bei den Kommunen. Zwar wird es nach der Sommerpause noch weitere Beratungen der Gemeindefinanzkommission geben, diese dienen aber eher der eigenen Rechtfertigung der Kommission. Zu diesem Zweck, so die Einschätzung von Haßelmann, wird das sachfremde Thema Grundsicherung / Entlastung bei den Kosten der Unterkunft, herangezogen.

Nach Ansicht von Bündnis 90 / Die Grünen bedarf es neben der Einrichtung einer Altschuldenhilfe für die Kommunen – als ein Baustein zur Rettung der Kommunen – der dringenden Einhaltung des Konnexitätsprinzips. Dies müsse klarer als bisher im Grundgesetz verankert werden.

Als weiteren Baustein wollen Bündnis 90 / Die Grünen in der nächsten Legislaturperiode die „Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zur Gemeindefinanzsteuer“ vorantreiben. Gegenstand des Modells sei die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage der Steuer durch Einbeziehung gewinnunabhängiger Elemente. Auch sollen Freiberufler in die Gewerbesteuerpflicht einbezogen werden. Das Steueraufkommen werde zu Gunsten der Kommunen umverteilt, die Steuerlast der Betroffenen steige nicht.

Dennoch, die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen wird allein durch die Gewerbesteuer oder eine Gemeindefinanzsteuer nicht zu beheben sein. Für Britta Haßelmann ist dafür mehr erforderlich. So lehnte sie weitere Steuersenkungen strikt ab. Es müsse über eine Erhöhung der Einkommensteuer ebenso wie über eine Vermögensteuer gesprochen werden. Zur Vermögensteuer beabsichtigen Bündnis 90 / Grünen ein Konzept vorzulegen.

Daneben sei es unbedingt erforderlich, mit den BürgerInnen über Sinn und Zweck der sozialen Aufwendungen zu sprechen. Die Finanzierung der Lebensrisiken Krankheit/Unfall, Alter, Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit müsse dringend ins Bewusstsein gerückt werden. Die stark unterschiedlichen kommunalen Sozialausgaben machen eine stärkere Berücksichtigung im Sozialansatz des kommunalen Finanzausgleiches erforderlich. Dies gelte, obwohl im Rahmen des aktuellen Gemeindefinanzierungsgesetzes der Sozialansatz in dem beschriebenen Sinne verändert wurde.

Die Gewerbesteuer müsse sich zur Gemeindefinanzsteuer weiterentwickeln, fordert Britta Haßelmann, gewinnunabhängige Elemente würden einbezogen. Steuererhöhungen sind für sie kein Tabu.



Britta Haßelmann, MdB Bündnis 90 / Die Grünen, Sprecherin für Kommunalpolitik



Weg aus der Krise: Und es geht doch!

Die Finanzlage der Kommunen in NRW ist extrem bedrohlich. Die Maßnahmen der Landesregierung und die zugesagte Kostenübernahme durch den Bund helfen, reichen jedoch bei weitem nicht aus.

Steigende Kassenkredite problematisch

In den NRW-Kommunen existiert das besondere Problem der explodierenden Kassenkredite. Diese sind inzwischen auf 20 Milliarden Euro angestiegen und werden im Jahr 2020 auf 40 Milliarden Euro angestiegen sein. Zentrale Ursache sind steuerreformbedingte Mindereinnahmen. Alleine die sich aus den verschiedenen Steuerreformen ergebenden Steuerverluste belaufen sich für das Jahr 2010 auf rund 2,9 Milliarden Euro. Im selben Zeitraum nahmen die NRW Kommunen Kassenkredite in Höhe von 2,8 Milliarden Euro auf. Sollen die Kassenkredite bis 2020 halbiert werden, wird ein Finanzbedarf von 40 Milliarden Euro für Zinsen und Schuldenabbau erforderlich. Das sind jährlich etwa 4 Milliarden Euro.

Steuerkonzept, um die Lücke wieder zu füllen

Durch eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 4,5 oder 5 Prozent würden dem Land jährlich zwischen 250 bis 500 Millionen Euro zufließen, sagen Kai Eicker-Wolf und Achim Truger. Der Anteil der Kommunen daran betrüge 40 bis 80 Millionen Euro. Den Problemkommunen würden hiervon 20 bis 40 Millionen Euro zufließen. Das helfe, reiche aber noch lange nicht aus.

Steuerpolitische Maßnahme	Land NRW	Kommunen NRW	Problem-kommunen NRW (50%)
Erhöhung Grunderwerbsteuer	250 - 500	40 - 80	20 - 40
Rücknahme Wachstumsbeschleunigungsgesetz	300	200	100
Einbeziehung Selbständige in Gewerbesteuer	-200	1.000	500
Hinzurechnung Gewerbesteuer	0	500	250
Zwischensumme 1	350- 600	1.740 - 1.780	870 - 890
Einkommensteuer	700	500	250
Körperschaftsteuer	350	100	50
Zwischensumme 2	1.400 - 1.650	2.340 - 2.380	1.170 - 1.190
Vermögensteuer	4.000		
bei Einbezug in KFA	3.000	1.000	500
Erbschaftsteuer	1.500		
bei Einbezug in KFA	1.150	350	175
Endsumme	5.550 - 5.800	3.690 - 3.730	1.845 - 1.865

Beträge in Millionen Euro. Die Grafik zeigt grob geschätzt, wie steuerpolitische Maßnahmen des Bundes wirken würden: Die Kommunen hätten deutlich mehr Geld.

Die Finanzierungslücke der nordrhein-westfälischen Kommunen kann geschlossen werden. Ein Konzept liegt vor, was fehlt, sind entsprechende politische Weichenstellungen.



Dr. Kai Eicker-Wolf, Abteilung Wirtschafts- und Strukturpolitik beim DGB Bezirk Hessen-Thüringen; Achim Truger (Bild unten) leitet das Referat für Steuer- und Finanzpolitik am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung.



Die Einbeziehung der Selbständigen in die Gewerbesteuer bringt NRW zusätzliche Einnahmen von rund 1,5 Milliarden Euro. Das würde für die Kommunen ein Mehr von einer Milliarde Euro bedeuten. Im Falle der vollständigen Hinzurechnung von Zinsen und Weiterem in die Berechnungsgrundlage der Gewerbesteuer steigen die Einnahmen hieraus für NRW um rund 600 Millionen Euro. Davon entfielen knapp 500 Millionen Euro auf die Kommunen.

Wachstumsbeschleunigungsgesetz rückgängig machen

Die Rücknahme dauerhafter Entlastungen für Unternehmen, die Rücknahme der Umsatzsteuervergünstigung für Hotelbetriebe und die Rücknahme der Erbschaftsteuervergünstigungen würden den Kommunen in NRW knapp 250 Millionen Euro zusätzlich bringen.

Zur Schließung der gesamtstaatlichen strukturellen Einnahmelücke von circa 2 Prozent des Bruttoinlandproduktes seien allgemeine Steuererhöhungen notwendig, führen die beiden Wirtschaftsexperten aus. Hierdurch würde auch die Finanzierung dringend notwendiger zentraler Zukunftsinvestitionen ermöglicht. Diese Steuererhöhungen müssten sozial gerecht sein. Der Gesetzgeber soll bei der Besteuerung für hohe Einkommen, bei der Vermögensteuer, der Erbschaftsteuer und einer Finanztransaktionsteuer ansetzen.

So brächte die Erhöhung der Einkommensteuer im Volumen von 10 Milliarden Euro den NRW-Kommunen direkt rund 350 Millionen Euro. Über den Umverteilungsmechanismus des kommunalen Finanzausgleiches könnten ihnen weitere 200 Millionen zufließen.

Über die Erhöhung der Körperschaftsteuer im Volumen von 5 Milliarden Euro würden den NRW-Kommunen – indirekt über den kommunalen Finanzausgleich – etwa 100 Millionen Euro zukommen. Durch eine Vermögensteuer im Volumen von 20 Milliarden könnte NRW etwa 4 Milliarden Euro einnehmen. Das Land könnte über den kommunalen Finanzausgleich knapp 1 Milliarden Euro an die Kommunen weiter reichen.

Alleine die Erbschaftsteuerreform bringt 1,5 Milliarden Euro

Die Erbschaftsteuerreform könnte einen NRW-Anteil von circa 1,5 Milliarden Euro erbringen. Bei Einbeziehung in den kommunalen Finanzausgleich stünden weitere 350 Millionen Euro für die Kommunen bereit, rechnen die beiden Experten weiter vor.

Einnahmen der auf europäischer Ebene beschlossenen Finanztransaktionsteuer flößen dem Bund oder der EU zu. Die beiden Experten sind sich sicher durch eine geänderte Umsatzsteuerverteilung wären auch Mehreinnahmen für die Länder möglich.

Wenn es sich auch zum jetzigen Zeitpunkt um erste Schätzungen handelt, so sind die beiden Autoren doch davon überzeugt, dass der Finanzierungslücke der NRW-Kommunen von rund 4 Milliarden jährlich mögliche zusätzliche Einnahmen von rund 3,7 Milliarden Euro gegenüber stehen könnten. Ein Weg aus der Verschuldungsfalle sei also denkbar, was bisher fehle, seien die entsprechenden politischen Weichenstellungen.

